

Verlagsgesellschaft: „Sozialistische Verlag“ o. B. u. L. G.  
Breslau 1, Pilsenerstr. 42/50

Verlagsgesellschaft: „Sozialistische Verlag“ o. B. u. L. G.  
Breslau 1, Pilsenerstr. 42/50

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Verlagsgesellschaft: „Sozialistische Verlag“ o. B. u. L. G.  
Breslau 1, Pilsenerstr. 42/50

## Kommunistische Aktionen in Tschechien.

Ant „Prager Abendzeitung“ ist in Komotau der Generallstreik ausgebrochen. Auch nach Gbrlau und Saaz wurde von Komotau Befehl gegeben, in den allgemeinen Ausstand zu treten. Ferner wurde an den Parteivorstand in Tepliz die Aufforderung gerichtet, für den Ausstand Propaganda zu machen.

Nach einer weiteren Blättermeldung beschlagnahmten die Kommunisten in Galsowiz die Zuckerfabrik Schöller. In Reichenberg beschloß eine Massenversammlung der Arbeiterschaft den Generallstreik für den ganzen Reichenberger Bezirk und forderte die sofortige Errichtung von Betriebsräten.

Der „Bohemia“ zufolge kam es in Smichow (einem Vorort von Prag. Die Red.) zu größeren Ausschreitungen. Die Menge zog durch die Königstraße, verprügelte zwei Abgeordnete und stürmte die dort befindliche Wohnstube, die vollständig demoliert wurde. In einer anderen Straße wurde eine Militärabteilung angehalten und entwaffnet.

Die tschechische Regierung hat das Ständrecht verhängt.

### Spaltung in der schweizerischen Sozialdemokratie.

Berna, 11. Dezember. Heute fand auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Abstimmung über den Anschluß an die Kommunistische Internationale statt. Mit 360 Stimmen wurde der Anschluß abgelehnt. 213 Delegierte stimmten für den Anschluß an die Dritte Internationale.

Die Anhänger der Dritten Internationale verließen das Parteitagstafel. Sie betrachten es als einen wesentlichen Erfolg, daß sie eine so hohe Anzahl Stimmen für den Anschluß an die Kommunistische Internationale erzielt haben.

### Aufruf zur Aufnahme der Arbeit der streikenden Beamten in Oesterreich.

Meldung: Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den ausländischen Staatsbeamten haben zu einer Einigung geführt. Das Aktionskomitee der ausländischen Beamenschaft betrat in einem Aufruf zur Aufnahme der Arbeit, daß die Beamten zwar teilweise Zugeständnisse gemacht hätten angesichts der bedrohlichen Finanzlage des Staates, aber doch dem Grundsatze fester Behandlung aller Staatsanstellungengruppen zum Durchbruche verhelfen hätten.

### Theater-Donner.

M. L. F. meloet vom 12. Dezember: Beim Auswärtigen Amt ist die Antwort der Interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember abends übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Dänemark nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt.

Die ganze Sache ist Theater-Donner. Die Einwohnerwehren bleiben unantastbar bestehen — mit Erlaubnis der Entente. Man wirds ja sehen.

### Streiks.

In Sachsen sind über 35 000 Bergarbeiter ausständig. Der bergbäuerliche Verein erklärt, keine weiteren Zugeständnisse machen zu können.

Der Fabrikantenverein für die Kleinindustrie hat die Lohnforderungen der Arbeiter wegen der ungünstigen Lage des Geschäftsganges abgelehnt. In einer vorgenommenen Abstimmung der Arbeiter stimmten 90 Prozent für den Streik.

### Diktatur der Bourgeois.

Meldung: Die Magdeburger Rechtsanwälte haben ihre Angehörigen, die wegen Nichtbewilligung höherer Lohnforderungen in den Ausstand getreten waren, listlos entlassen.

### Der Bandit Pfeffer.

Die „Freiheit“ schreibt: Die „Bosische Zeitung“ berichtet: „Nach einer Meldung der „Westfälischen Landeszeitung“ aus Friedberg (Neumark) wurde auf einem Gute im dortigen Bezirk, wo er seit Juni als Glöwe die Landwirtschaft erlernte, der von der Staatsanwaltschaft seit Monaten verfolgte Hauptmann von Pfeffer, der bekannte Führer des Freikorps Pfeffer, verhaftet.“

Ob die Meldung richtig ist, wissen wir nicht. Aber wir wissen, daß Hauptmann Pfeffer, seit er sich in der Neumark aufhält, keinen Spaten angerührt hat. Pfeffer hat vielmehr im Kreise Arnswalde mehrere Freikorps aufgestellt, sie militärisch formiert und der Orgelei angegliedert. Außerdem war er Verbindungsoffizier des Generals Watter, mit dem er in letzter Zeit mehrere Zusammenkünfte zur Besprechung des strategischen Aufmarsches der Gegenrevolution hatte. Sollte Pfeffer tatsächlich verhaftet worden sein, so dürfte es sich nur um ein Scheinmanöver handeln. Es wird sich in Deutschland kein Gericht finden, das einen Pfeffer verurteilt, zumal jetzt die Bildung von bewaffneten Haufen durch die Note des Außenministers Dr. Simons als ein Akt der Staatsnotwendigkeit bezeichnet worden ist.

### Verhaftete Getreideschieber.

Wie die „Bosische Zeitung“ aus Leipzig meldet, sind in Leipzig, Dresden und Chemnitz auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zahlreiche Inhaber der angesehensten Getreidefirmen verhaftet worden. Gleichzeitig wurde in allen Privatwohnungen der Inhaber Hausdurchsuchung vorgenommen. Die ganze Aktion der Staatsanwaltschaft steht im Zusammenhang mit einer Seitenhandelsangelegenheit, in die eine große sächsische Firma seit einigen Monaten verwickelt ist.

Das Volk hungert, die Inhaber „angesehener“ Getreidefirmen verschieben das so notwendige Getreide und treiben die Marktpreise auf eine Höhe, die nur noch den vom sozialen Elend Ueberlebenden erschwinglich sind. Hand in Hand mit diesen Schiebern arbeitet der Großhändler, der kein Interesse hat an einer gleichmäßigen Ernährung des gesamten Volkes.

Man wird auf die weitere Tätigkeit der Staatsanwaltschaft in dieser Sache gespannt sein dürfen. Auch darauf, ob sie den Mut haben wird, auch diejenigen dingfest zu machen, die den Getreideschiebern das Getreide, das ja offiziell noch immer unter Zwangsbewirtschaftung steht, in die Hände spielen.

Nach den Erfahrungen, die bisher mit deutschen Gerichten zu machen waren, wird auch diese Standalaffäre ausgehen, wie alle anderen, die geeignet wären, das Großkapital und den Großhändler zu schädigen, nämlich mit einer späteren Niederlegung des Verfahrens „mangels ausreichender Beweise“.

Die „Freiheit“ schreibt: Unter den Verhafteten befindet sich auch der Generalldirektor der angesehensten deutschen Getreidefirmen, Adolf Goldschmidt. Die „Bosische Zeitung“ ist darüber nicht wenig empört. Sie rühmt Adolf Goldschmidt noch, „dem Land den Krieg hindurch die größten Dienste“ erwiesen zu haben. Auch beteuert sie mit auffällender Eile, daß Goldschmidt nie ein einziges zweifelhaftes Geschäft gemacht habe. Aber darüber hinaus soll das Vorgehen der sächsischen Staatsanwaltschaft noch andere katastrophale Folgen gehabt haben. Das Blatt schreibt:

„Wir verheerend das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in wirtschaftlicher Beziehung wirkt, erblickt daraus, daß die Chemnitzer und Dresdener Getreidebörsen gänzlich entvölkert waren und das gesamte Geschäft brachliegt, denn keine der Firmen getraut sich jetzt, auch nur das kleinste Geschäft zu machen, aus Furcht, daß sich der gefürchte Vorfall in kurzer Zeit wiederholen könnte.“

Die Börsenmakler von Dresden und Chemnitz schrien demnach sehr reines Gewissen zu haben. Ihr plötzliches Fernbleiben von der Börse kann doch nur als Entschuldigungsmaßnahme gelten, daß die Getreidebörsen, ausgesprochenen Schieberbörsen heute nicht mehr existieren.

### Die Beamten.

... Doch die Kasse, die Kasse ist gerettet. Sturz der Regierung oder Befriedigung des hungernden Beamtenheeres: so stand parlamentarisch gesehen im Reichstag die Entscheidung.

Die Beamten hungern weiter, doch — die Kasse, die Kasse ist gerettet. Der ganze parlamentarische Weilauf der loyalen Opposition des Kabinetts Jehrenbach von rechts und von links um die Wählerstimmen der Beamten hat sich am Ende als reiner Schwindel entpuppt.

Die Regierung ist gerettet und die Beamten sind geprellt. Werden die Beamten sich dabei beruhigen? Sie können es nicht. Es geht für sie um Leben, um Sterben. Sie müßten sich klar machen, warum es so gekommen ist, um zu wissen, wie sie kämpfen müssen, wo der Feind steht, wo der Freund und wo das Ziel.

Warum läßt die Regierung ihre Beamten verhungern, warum wirft sie sie auf die Straße, warum löst sie die besten Stützen ab, die der bürgerliche Staat noch hat?

Und warum klappert sowohl die monarchistische Opposition von rechts wie die demokratische von links um? Warum magt niemand — außer den Kommunisten — es auf sich zu nehmen, das Geet der Beamten menschlich zu stellen?

Die Regierung antwortet: die Kassen sind leer, es mag gesperrt werden um jeden Preis.

Weil die Reichsregierung nicht Steuern zahlen, und weil die Steuern, die von den Nichtarbeitenden einkommen, verwendet werden müssen für die Vergütung der Kriegskleinen, für die Offiziere, und weil die Bankiers und Fabrikanten und Junker sich selbst besparen müssen für die Orgelei, den „Selbstschutz“, für die russischen weißen Offiziere und dunklen Spitzel.

Verwendet werden müssen?

Ja, müssen, so lange der Staat der Staat der Bankiers, Fabrikanten und Junker ist, so lange Unabhängige und Mehrheitssozialisten für wichtiger halten, daß Fabrikanten, Bankiers und Junker pünktlich ihre Staatsanleihen erhalten, als daß Arbeiter und Beamte leben können.

Nicht nur Druck mit der Regierung, sondern Druck mit dem System, der die Millionen mit Kopf und Hand Arbeitenden der Ausbeutung weniger unterwirft, so stand die Frage, so steht sie.

Druck mit dem Finanzsystem, das eine Milliarde nach der anderen aus den hungernden Volksmassen anspricht, damit die Besitzenden ihre Zinsen nicht verlieren. Druck mit dem Wirtschaftssystem, das, statt die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen, den Profit zum obersten Gesetz erklärt und um jeden Preis die Wirtschaft immer weiter niederrückt.

Druck mit dem Staatssystem, das den Ausbeutern alles fordert, trotz der Gleichheit auf dem Papier, die tatsächliche Macht in die Hand gibt. Druck mit der falschen Demokratie und Herstellung der Demokratie davor, die arbeiten.

Auf diese Spitze sind die Dinge getrieben. Keine Kampfmittel, keine Finanzmittel helfen mehr.

Entweder der Ausbeuterhaas und die Staatsanwaltschaft oder die Arbeitenden. Die einen müssen untergehen, damit die anderen leben können. Und klar sei die Entscheidung: nur die Kommunisten wollen mit diesem System aufräumen, nur sie wagen den Kampf.

Alle anderen sind entweder seine Kuppelherren oder sie sprechen vor dem Kampf zurück.

Die Beamten brauchen diesen Kampf nicht zu kennen. Bei ihnen stehen nicht allein die Kommunisten, zu ihnen werden stoßen alle die Millionen Proletarier, die hungern und barden wie sie.

Diesem Kampf ist nicht entgegenzuhalten. Jeder Tag, den die Beamten vor dem Kampf zurücktreten, ist ein Tag weiterer Qual, weiterer Not, weiteren Elends.

Die Beamten genießen bisher eine gewisse wirtschaftliche Sicherheit, die der Arbeiter nicht hatte. Wo ist sie heute? Sie fühlte zwischen sich und dem Staat ein besonderes Band der Treue. Wo ist heute die Treue des Staates für sie? Der Staat hat dieses Band auf die harte Forderung bedrängt, und wenn die Beamten ihm sagen, daß sie leben



... müssen, so antwortet der Ausbeuterstaat: Huerst müssen wir, die Ausbeuter, leben! Seht, wo Ihr bleibt! Ihr lebt unter dem Existenzminimum, ja wohl, aber wir brauchen ein Profitmagnum ohne das wir als Ausbeuter nicht leben können.

Wir sind nur wenige, aber wir sind notwendig, unentbehrlich und Euer sind viele, und wir finden viele von Euch unentbehrlich.

Ihr murret, Ihr begehret auf, Ihr droht, Ihr kündigt die Treue auf?

Aber dafür haben wir Soldaten, graue und grüne und die in Zivil unterm Kommando Euerer, und wenn die nicht genügen, so wird der Marschall Foch mit seinen Blauen aushelfen.

Die Revolution hat Euch das Streikrecht gegeben. Es ist schon lange her. Wir nehmen es Euch. Bedenkt Euch mit der Treue!

Was haben die Beamten noch zu verlieren? Nichts, als den Glauben an Dinge, die nicht wahr sind.

Ohne sie ist die bürgerliche Staatsmacht ohnmächtig. Mit ihnen ist der Arbeiterstaat fest gegründet, unzerstörlich.

### Was den Beamten gegeben wurde.

Der Beschluß des Reichstags am Donnerstag bewirkt nur eine geringe Erhöhung der Bezüge der verheirateten Beamten. Unverändert bleibt der 30 prozentige Steuerzuschlag zum Grundgehalt: die wesentliche Forderung der Beamten ist damit abgelehnt. Allein der Steuerzuschlag zu den Rinderzulagen ist erhöht worden, und zwar nach den Beschlüssen des Hauptausschusses, die über die Regierungsvorlagen am durchschnittlich 25 Prozent hinausgingen. Mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1920 ab sind diese Steuerzuschläge in den Ortsklassen A, B und C auf 150, 125 und 100 Prozent erhöht, in den Ortsklassen D und E auf 75 Prozent. Daneben wird für die außerplanmäßigen Beamten der diesjährige Ortszuschlag von 30 Prozent auf 100 Prozent erhöht und dazu der 30 prozentige Steuerzuschlag zum Grundgehalt gewährt. Daneben sind zwei allgemeiner wirkende Maßnahmen beschlossen worden. Der Unterschiedsbetrag, der sich aus der Gegendüberstellung des bestehenden Ortsklassen-Verzeichnisses zum Entwurf eines neuen Ortsklassen-Verzeichnisses ergibt, soll — mit der vom Finanzminister Dr. Wirth gemachten Einschränkung, daß dies nur in Fällen geschehen könne, wo die neue Ortsklassifizierung bereits unzweifelhaft feststehe — sofort zur Auszahlung gebracht und dem Unterhaltungsfonds der Reichsministerien zurechenbar gestellt werden. Endlich hat der Finanzminister zugesagt, daß alle Beamten, die am 1. Januar fällig werdenden Dienstbezüge möglichst bald, jedenfalls noch vor Weihnachten erhalten — eine Maßnahme, durch die also die Bezüge der Beamten nicht erhöht werden.

### Die Notlage der Beamten.

Aus einem Berliner Postamt wird dem „Gewerkschaftsboten“ übermittelte, in der es heißt:

„Das ein Postbeamter, der im Frieden 35 bis 95 Mtl. pro Monat erhielt, bei den heutigen Verhältnissen nur 11,90 Mtl., wovon er nur 6,90 Mtl. ausgezahlt bekommt, leben? Nachfolgend einige Beispiele aus dem Postamt vom 1. 12. 20:

Wahlgleichgewinnung	811,90 Mtl.
ab Steuern	69,— Mtl.
Grundbesitz	13,—
Wahlbesitz	1,30
beim Hauptpostamt	30,—
	113,20 Mtl.
	811,90 Mtl.
	ab 113,20
	698,70 Mtl.

Ein verheirateter Kollege mit 2 Kindern erhält nur 12,20 Mtl.

Das alles ist nicht gut, das hat schon nicht selten bei den Beamten verursacht.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter hat den Mitgliedern des Reichstags eine Resolution gegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß von insgesamt 375 000 Eisenbahnbeamten nicht weniger als 277 000, das sind rund 75 Prozent, unter dem existenznotwendigen Existenzminimum (für Groß-Berlin 16 500 Mtl. für ein Ehepaar mit zwei Kindern) stehen. Schnelligkeit bei der Lösung der übrigen Beamten.

Deutscher Dekret, die im ersten Durchlauf ein Gehalt von 630 Mark (!) bezogen, sind heute übergegangen, sind unter dem Gehalt von 100 Mark zu stehen. Sie sind auf dem Fußboden als unglückliche Arbeiter täglich 5 Stunden beschäftigt.

### Der Deutsche Beamtenbund in die!

Der Deutsche Beamtenbund läßt durch B.L.D. erklären: Der Deutsche Beamtenbund stellt fest, daß weder Gehalts- noch Beschäftigungs- oder gewerkschaftlich organisierten Beamten-verbänden das verfassungsmäßige Recht zuzuschreiben können. Jedem einzelnen Beamten steht es frei, sich an gewerkschaftlichen Mitteln zu beteiligen. Die im Deutschen Beamtenbund zusammenzuschließenden Beamten haben aber die allgemeine politische Lage des deutschen Volkes zur Zeit für sich zu betrachten, die im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kampf um die politische Freiheit des deutschen Volkes steht. Der Deutsche Beamtenbund hat sich nicht für die Interessen einzelner Beamten, sondern für die Interessen des deutschen Volkes zu engagieren. Er fordert die Beamten auf, sich an der allgemeinen politischen Bewegung des deutschen Volkes zu beteiligen und für die Freiheit des deutschen Volkes zu kämpfen.

Existenzminimums, die allein die staatsrechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtenstandes gewährleisten.

Werden sich die im Dienst am Beamtenstand organisierten Beamten die die Präzedenz, den Verrat ihres Vorkämpfers gefallen lassen?

Beamte! Auf die Schanzen!

### Die Beamtenfrage im Reichstag.

Aus den Reden der Genossen Blettner und Däwel in der Donnerstagssitzung über die Beamtenbeforderung und das Streikrecht der Beamten. Genosse Blettner: Warum spart der Staat, wenn es gilt, die Beamten zu befriedigen? An den hohen Gehältern der Minister ließ sich mehr abreißen. Kein einziger Redner hat wirklich positive Vorschläge gemacht. Als Grundlage muß den einzelnen Beamtenkategorien ein Existenzminimum gegeben werden. Wir fordern ein Existenzminimum einschließlich der Rinderzulage. Gegen das Streikverbot des Ministers Eisner protestieren wir aufs energischste, den Beamten gehören dieselben Rechte wie den Arbeitern. Das ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Der Staat hätte Geld, wenn er die Konfiskationen der großen Vermögen durchführt und die Hohenzollernschiedungen verbietet hätte. Mit der Arbeiterschaft Schulter an Schulter müssen die Beamten in den Kampf treten.

Genosse Däwel: Die ganze bürgerliche Presse wütet gegen das Grundrecht der Beamten, gegen das Streikrecht, gegen das einzige Mittel, um das notwendige Existenzminimum zu erringen. Das Petitionieren wird den Beamten nichts nützen, sie müssen sich dem großen Kampf des Proletariats anschließen.

### Kommunist sein heißt Kämpfer sein!

Dazu sind drei Dinge notwendig:

1. Kommunistische Erkenntnis.
2. Revolutionäre Tatbereitschaft.
3. Höchste Opferwilligkeit.

### Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

2. Tag. Berlin, den 6. Dezember 1920. (Fortsetzung.)

Heute noch ist das kleine und das mittlere Bauerntum der Gewaltthaten der Konterrevolution. Diese große Klasse ist nicht mit Worten aus der Welt zu reden. Wenn Genossen kommen und sagen: Wir dürfen keine Kompromisse machen, so ist damit gar nichts getan. Denken sie an die Agrarpartei unserer russischen Genossen. Wir müssen ein mögliches Verhältnis mit den kleinen und mittleren Bauern finden. Andere Genossen fallen in den entgegengegesetzten Fehler. Sie wollen alles aufteilen. Wenn man Pächtern die Teile eines Großgrundbesitzes, die sie bearbeiten, zum Besitz gibt, so wirkt das nicht als ein Rückschritt, es wirkt produktionsfördernd. Großbetriebe aber müssen erhalten bleiben, wenn wir auch dem Land hunger der Kleinbauern bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen müssen. Das wesentlichste ist, daß wir in unserem Agrarprogramm bewußt bleiben. Wir können zwar die Bauern nicht ohne weiteres für den Sozialismus gewinnen, aber in dem Maße die Proletarisierung der Kleinbauern fortgeht, müssen sie sich ihrer Lage bewußt werden und den Sozialismus als einzigen Ausweg erkennen. Ich schließe mich den Worten Rosa Luxemburg an, die ausgesprochen wurden schon zu Beginn der deutschen Revolution: Es ist ein Wahnsinn zu glauben, daß man die Revolution ohne Landwirtschaft machen kann.

Genosse Königberg: Das Verhältnis des Proletariats zur Landbevölkerung und das Verhältnis der Landbevölkerung zur Revolution ist ein Ausgangspunkt in der proletarischen Politik. Wir müssen die Bauern neutralisieren, wenn wir den Sieg erringen wollen. Die Verträge der Sozialdemokratie zur Lösung der Agrarfrage bedeuten nichts anderes als ein Zurückweichen vor dem Bürgerkrieg. Wenn man von rechtschaffenen und rechtschaffenderen Genossen Opportunismus in der Agrarfrage vorzuziehen wird, so ist das ein Zeichen für den Opportunismus unserer Gegner, die die Kleinrenten der Bürgerkriegs nicht in Betracht ziehen, weil sie an den Bürgerkrieg selbst nicht ernsthaft heranzutreten wollen. Die Zurückführung des § 11 war notwendig. Man muß aber auch einen Satz fassen, der offenbar eine Verdrängung dieses Paragraphen sein sollte. Es ist nicht richtig, die Frage, ob der Bauer selbst mitarbeitet oder nicht, als Unterscheidungskriterium zwischen Großgrundbesitz und Kleinrenten heranzuziehen. Die landwirtschaftliche Produktion muß im Interesse der hungernden Landbevölkerung mit im Interesse der Landwirtschaft selber, die Landbevölkerung braucht, so intensiv wie möglich betrieben werden. Starke Zentralisation ist auch in der Landwirtschaft notwendig.

Genosse Brandenburg: Nach der Erklärung der Punkt 11 können wir mit dem Programm vollkommen einverstanden sein. Sein Hauptzweck ist, daß es die verschiedenen Bedingungen in den verschiedenen Gegenden gut berücksichtigt. Nach ein Wort möchte ich sprechen zu dem Teil des Programms. Es hat ein Instrument in der Hand der landwirtschaftlichen Arbeiter des Landes. Wir müssen die Kontrolle mit den Kleinrenten zusammenbringen, um sie zu neutralisieren und für die Revolution zu gewinnen. Die Kontrolle haben die Landwirte, die landwirtschaftliche Produktion zu übernehmen. Wenn es an die Hand gegeben kann, so kann es zu kommen, die die

Arbeiter in Stadt und Land gemeinsam führen müssen. Auch die Verbindung der Gutskassen mit den Kleinrenten muß hergestellt werden.

Rind-Diffenbach fordert, daß die Parteipresse möglichst viel Material über die Landfrage bringen soll, damit man mit Erfolg am Niederreißen der Hindernisse arbeiten könne, die von den Kapitalisten zwischen Bauern und Arbeitern angebracht worden sind.

H. Hoffmann-Berlin: Es wird wohl niemand hier sein, der behauptet, daß dieses Agrarprogramm ein Ideal darstelle und sicherlich werden wir es noch wesentlich umstellen müssen, je nachdem, welche Erfahrungen wir machen. Es ist Tatsache, daß unsere Zeitungen nicht viel mit der Agrarfrage beschäftigt haben, doch war es sehr schwer, das Richtige zu sagen und etwas Positives zu bringen. Wir können den Klein- und Mittelbauern nicht mit Marx'schen Theorien kommen, sondern wir müssen sie an ihrer Klassenlage packen, damit es uns gelingt, die Klein- und Mittelbauern aus der Rolle zu weisen, die sie jetzt als Vorposten des Großgrundbesitzes spielen, von dem sie im eigenen Interesse mißbraucht werden. In diesem Sinne muß auch die Siedlungsfrage betrachtet werden. Es ist dies ein neuer Versuch der Großgrundbesitzer, sich Untergebene zu schaffen, die an die Scholle gefesselt und dadurch abhängig sind.

Der Weg, den wir in der Agrarfrage gehen, ist notwendig, genau so notwendig wie der Kampf der russischen Genossen ist. So können und müssen wir die Klein- und Mittelbauern für uns gewinnen. Selbst wenn wir die Kleinrenten erst noch durch Zuteilung von Land überhaupt noch existenzfähig machen, bleibt uns genug Großgrundbesitz, auf dem wir uns bemühen können, sozialistisch zu wirtschaften, kommunistische Betriebe einzurichten und nur durch dieses Beispiel werden wir die Bauern für den Kommunismus wecken können.

### Schlusswort des Genossen Thalheimer:

Ich begrüße das lebhafteste Interesse, das in der Diskussion über die Agrarfrage zum Ausdruck gekommen ist, wenn auch ein Teil der Redner sachkundig gesprochen hat. Dieses Programm ist nicht aus dem Himmel geschüttelt. Es stellt die Verbindung des Agrarprogramms des Spartakusbundes mit den Moskauer Leitsätzen dar. Ganz unmöglich ist es, das Agrarprogramm auf eine bestimmte Erde des deutschen Reiches zuzuschneiden. So läßt es notgedrungen einige Detailverhältnisse unberücksichtigt. Die Diskussion hat ergeben, daß doch nicht von allen der Charakter des Programms richtig verstanden worden ist. Es enthält als Maßregel für die Übergangszeit die Linien, die dahin führen, für die Revolution der Kleinrenten zu mobilisieren und die Mittelrenten zu neutralisieren. Darüber hinaus aber gibt es auch die Hinweise auf den Weg, den wir nach der Machtergreifung zu beschreiten denken.

Mit der Machtergreifung ist der Bürgerkrieg ja nicht zu Ende und er wird, wie die russischen Erfahrungen gezeigt haben, wahrscheinlich noch mit äußeren Kriegen verbunden sein. In beiden Fällen ist ein totalitärer Eingriff in die Landverhältnisse der Bauern eine reine Unmöglichkeit.

Hier ist der Vorwurf des Revisionismus erhoben. Es würde etwas weit führen, doch könnte ich Ihnen mit zahlreichen Belegen von Engels und Marx beweisen, was durchaus das Programm mit dem wissenschaftlichen Sozialismus übereinstimmt. Zu dem so oft gemachten Vorwurf des Kompromisses erinnere ich an das, was Lenin über diesen Punkt in den „Kinderkrankheiten“ geschrieben hat. Die Hauptsache ist die Grundverschiedenheit der Tendenz bei unseren Kompromissen und bei denen der deutschen Menschewik. Der Kern der rechtssozialistischen Kompromisse besteht darin, dem Kampf mit dem Großgrundbesitz um jeden Preis auszuweichen, während wir durch Kompromisse mit den Klein- und Mittelrenten dieselben zu gewinnen trachten im Kampf gegen den Großgrundbesitz.

Man hat hier Thünen zitiert, der aber nicht zutreffend ist. Auf keinem Gebiet ist der Kleinrenten heute noch überlegen. Die landwirtschaftliche Technik, die schon bedeutende Fortschritte gemacht hat, aber erst recht noch vor sich hat, wird den Unterschied zwischen der Rentabilität des Groß- und Kleinrenten noch bedeutend verstärken. Ein wichtiges Kapitel ist auch die Elektrifizierung der Landwirtschaft, die nach der Machtergreifung eine unserer wichtigsten Aufgaben sein wird.

Wir müssen der Methode, durch Siedlungsversprechungen Weiserheiten zu gewinnen, zu begegnen wissen und diesen mißbräuchlichen Proletariats sagen: Helft lieber aus, den Bauern Arbeitern im Kampf gegen die Junker, als euch selbst auf bolschewistische Krugzüge bringen zu lassen. Es wird uns sicherlich gelingen, einen Teil dieser Ausproletierten zu gewinnen.

Unmöglich ist es, die Bauerntüter in Kategorien nach ihrer Größe einzuteilen. Bleibt es eine Einleitung nach der Art und Wirtschaftung des Betriebes zu machen. Die Großrentenfrage hat, wie die Diebstahlfrage auch noch, in der Siedlungsfrage und zum Beispiel Weiskalen und Bayern ein so verschiedenes Gesicht, daß ich vorschlagen möchte, den § 11 des Programms anzuheben und verschärfen zu lassen.

Die planmäßige sozialistische Landwirtschaft unseres ganzen Agrarbereiches ist ein Ziel von Jahrzehnten, in das wir noch oft die Erfahrungen, die wir im Laufe des Kampfes gemacht haben, einordnen müssen. Wir werden uns alle Kampfleistungen zu machen müssen. Sie setzen auch teilweise Veränderungen unseres Programms voraus. Klar haben wir unsere Stellung zu der deutschen Bauernschaft festgestellt und mit Georg Eckener muß heute die Kommunistische Partei den Bauern auf dem Lande zu: „Freie den Gütern, Krieg den Junkern!“ Das ist die Parole, unter der wir kämpfen werden.

Das Agrarprogramm wird gegen zwei Stimmen angenommen, wobei heißt die Vertilgung des von der Kommunistischen Partei bereits langjährig propagierten „Agrar-Sozialismus“ für die Landwirtschaft.



Internationale.

Eine Rundgebung der Hilferdinge.

Die sogenannte Berner Konferenz der internationalen Hilferdinge erläßt an die sozialistischen Parteien aller Länder einen Aufruf zur Teilnahme an dem Wiener Kongress, auf dem die Internationale 2 1/2 geboren werden soll.

Bemerkenswert ist an dem langen Aufruf allein, wie sich die neue Internationale gegenüber den „Schablonen“

Selbst kleinere Alkoholmengen rufen bereits eine minderwertige geistige Leistung hervor; Aufzählung und Gedächtnis leiden.

Emmanuel Quarm.

der Volkswelt zur Revolution stellt. Von revolutionärem Kampfe und von der Verpflichtung zu diesem Kampf ist mit keinem Wort die Rede. Man bleibt lieber „historisch“.

Diese Anschauungen, von denen die Verfasser des Aufrufes behaupten, sie seien ihnen gemeinsam und „vom Geiste des revolutionären Marxismus durchdrungen, sollen die Grundlage der künftigen Internationale 2 1/2 abgeben.

Der linke Flügel der englischen „Unabhängigen“ für die dritte Internationale.

Die Zeitung der „Englischen Unabhängigen Arbeiterpartei“, voran Ramsay MacDonald, legt ganz im Falschwasser des Reformismus und der Internationale zweieinhalb.

Elektrikerstreit in Italien.

Die italienischen Elektrikalarbeiter streiken seit einigen Tagen. Die Elektrikarbeitswerte sind, wie aus Rom gemeldet wird, von Marineoldaten besetzt.

Beseitigung des italienischen Parteitag.

Der am 29. Dezember beginnende italienische Parteitag wird nicht, wie beabsichtigt war, in Florenz stattfinden.

Gegen Amsterdam.

Helsingfors, 7. Dezember. (Moska, Wien). Die finnische Gewerkschaft der Transportarbeiter hat mit noch mehreren anderen Gewerkschaften beschlossen, sich dem Aufruf der finnischen Landesorganisationen an Amsterdam zu widersetzen.

Rußland.

Schuldige Liquidierung Machnos.

(Moska, Wien). Charakteristisch an dieser Angelegenheit ist die Wiederholung der Sowjetmacht zu verraten haben, gänzlich erledigt. Es wurde kürzlich festgestellt, daß während der Endoperationen gegen Wrangel das Machno-Regiment verräterisch handelte.

Die Beute in der Arim.

(Moska, Wien). Der Kommandant der Sübfrent, der nach Moskau zurückgekehrt ist, teilt mit, daß die zurückgelassenen Streitkräfte Wrangels ungeheure Werte zurückgelassen haben, die nur schwer zu schützen sind.

Moskau über Sowjet-Armenien.

Von der Sowjetregierung wird amilich über die Lage in Armenien mitgeteilt: Ein Teil der zur Dschafurat-Partei gehörigen und an der Spitze des früheren Staates stehenden Mitglieder ist zur Sowjetregierung übergetreten.

Lebensmittel kostenlos.

Die Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach von nun an alle Lebensmittel und Mittagsspeisungen an die gesamte Moskauer Bevölkerung kostenlos auf Karten verabfolgt werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.

(5. Fortsetzung.)

4. Die Ursachen der Ernährungs- und Wirtschaftskrise. Deutschland hat vor dem Kriege die zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel nicht selbst erzeugen können.

Diese wenigen Tatsachen beweisen, daß Deutschland heute ungeheure Mengen an Lebensmitteln einführen muß. Was das kostet, dafür nur einige Beispiele.

Die deutsche Industrie und mit ihr die Wirtschaft ist zusammengebrochen. Während des Krieges wurden fast nur Kräfte hergestellt, die direkt oder indirekt der Kriegführung dienen.

Durch den Friedensvertrag hat Deutschland seine wichtigsten Eisenergänzenden verloren. Vor dem Kriege konnte Deutschland 26 Millionen Tonnen Eisenerze im eigenen Lande gewinnen.

Deutschland muß Textilien einführen, um seine Textilindustrie aufrechtzuerhalten zu können, weiter, um seine Bevölkerung zu kleiden, dann aber auch, um durch die Ausfuhr fertiger Ware wieder Rohstoffe und Nahrungsmittel einzuführen.

Diese wenigen Tatsachen, die laufend sich vermehren werden können, zeigen, daß Deutschlands Lebensmittel für seine Bevölkerung und Rohstoffe für seine Industrie einsehren muß.

Als nach dem Kriege die Blockade fiel, da wurden keine Textilien und sonstige lebenswichtige Rohstoffe eingeführt, sondern Porzellan, Toilettenartikel usw., und zwar für viele Millionen Mark.

Provinz.

Achtung! Ortsgruppen der Vereinigten Kommunistischen Partei, Bezirk Schlesien.

Sonntag, den 19. Dezember 1920, findet in Liegnitz im Lokal zum „Reichspräsident“ Ologauer Promenade, morgens 8 1/2 Uhr, der Bezirksparteitag statt.

Waldenburg.

Die Genossen haben sich bei Bestellung der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sowie sonstigen Zeitungsangelegenheiten an Genossen Wiliq Demsky, Waldenburg, Krügerstraße 7, zu wenden.

Reichenbach.

Der Genosse Preiß befindet sich wegen seiner Tätigkeit für die revolutionäre Arbeiterbewegung im Strafgefängnis Blas, er ist völlig mittellos und nicht in der Lage, einen Anwalt zur Durchführung seines Prozesses zu gewinnen.

Striegau.

Eine öffentliche Volksversammlung fand hier am 7. Dezember 1920 statt. Das Referat hielt Genosse Nothmann und zwar über die Vereinigung der U. S. P. und der R. P. In fast 2 stündiger Rede legte Rechner die Ziele und Wege der Vereinigten Kommunistischen Partei dar.

Sehr gut.

In Waldenburg, Altwasser und anderen Orten der dortigen Gegend haben folgende Zettelchen an den Häusern u. a. m.

!!!Brrr!!!

Sag' an, was bist du? Jud' oder Christe??

In Altwasser nimmt die Kirche von dem Bergmann OTTO 113.— Mark für den Begräbnisplatz und 19.— Mark für den Totengraber ab für ein verstorben. Kind von 22 Tagen.

Kommentar überflüssig.

Kofales.

Dreslau, den 14. Dezember 1920.

Als die Junker frey geworden!

Redaktör vom langst haltenden deutschen nationalen Parteitages in Breslau.

Die Junker und ihre Helfer sammelten sich vor einigen Tagen in Breslau. Zuerst sprach ein Landrat a. D., dann ein Dr., dann ein Wasse. Nachher heißt es, das Volk hat gesprochen, obwohl Mannen aus dem Boite nicht zu Worte kamen.

Der Landrat a. D. von Goslar erklärte wörtlich: daß für Deutschland keine andere Staatsform paßt, als die monarchische. Er meinte natürlich Krattunferum, sagte aber „Deutschland“.

Die Proletarier, Herr v. Goslar, werden Ihnen was zu sagen haben. Sie lassen sich nicht mehr von ihren Herren führen.

Die alte Bildung wächst dort, wo sich die Familie um die Elter und das Gebetbuch sammelt. Bald schwindet die Bildung der kommenden Generation wieder und der Herrscher wird geboren.

Als Vorteile des Alkohols sind eingebildet, und seine Nachfrager sind wirklich.

Obwohl wir mit dem gegenwärtigen Stande nicht einverstanden sind, glauben wir doch, daß die Junker und ihre Helfer im Rußland dominieren können und ihr Recht auf die Führung der eigenen geistige Impulse zurückzuführen.

Die Junker werden auch ein für die Sozialdemokratie paßt, daß die deutsche nationale Partei sich gegen die Sozialdemokratie im Staate gekämpft habe.

Selbstverständlich wurde das Volkswirtschaftsamt, seine Aufgabe einflussreich angenommen.

Gebaut, für Herrschaften! Gute Lebensmittel werden die zweite Revolution, die kein Kapitalist überleben kann.

Genossen! Am Dienstag, den 14. Dezbr. 1920, im Sausfouci, Mehlgasse 11



Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen.

Das Räßliche Preffe-Tint teilt mit: Vor einiger Zeit erschien in mehreren Tageszeitungen ein...

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen heißt der wissenschaftliche Belegungsfilm, den die Deutsche Gesellschaft...

Befragung sämiger Markenahhler. Jeder Haushaltungsstand muß seine Marken an dem...

Die Anschläge betr. Bekannmachung der Markenausgabe vom 13. bis 18. Dezember...

Städttheater. Dienstag 7 Uhr: Die Zauberküste. Liebe-Theater. Freitag 7 1/2 Uhr: Bellines Verlobung.



Matthias-Kino. Kattinerstraße 11 und Kottlerstraße 9.

Das große Sensations-Dauer-Programm

Die Strahlen des Todes

Fürst Seppel

Mutterherz

ZEPTEKINO

Kaiser-Titz

Geschlechts-krankheiten

Richard Frickhöfer

Dobro-Truppe

5 Carras 5

Richard Frickhöfer

Dobro-Truppe

Richard Frickhöfer

Dobro-Truppe

Richard Frickhöfer

Dobro-Truppe

Richard Frickhöfer

Dobro-Truppe

Erweiterung der Quäferspeisungen.

In außerordentlich dankenswerter Weise hat die hier tätige amerikanische Kinderhilfsmission (Quäfer) die tägliche Portion...

Umfassender. Ueber die Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz...

Freie Sozialistische (Kommunistische) Jugend Heim: Schule Minoritenhof...

Achtung! Parteigenossen! Achtung! Die Distrikts-Abende des Distrikts Sa finden von jetzt ab...

Reich-Theater. Den reichhaltigen Weihnachts-Spielplan eröffnen die 4 'Königskinder'...

'Schanburg' (Victoria-Theater).

Von dem genialen Film 'Staatsanwalt Selan's Klebener' bringt die 2. Episode unter dem Titel 'Der Kampf um den Mann'...

Literatur.

Eine proletarische Kinderfibel.

Im Malik-Verlag (Berlin-Gartenstr.) ist ein Buch Kindermärchen von Hermannia zur Wühle unter dem Titel 'Was Peterchens Freunde erzählen' erschienen.

Das Märchen ist einfach und leicht, jedem Proletarierkind leicht verständlich geschrieben. Die begrifflichen Anschauungen...

Dieses Buch sollte auf keinem proletarischen Weihnachtstisch fehlen. Der niedrige Preis (7.- Mark) ermöglicht es jedem Arbeiter...

Verantwortlich für Politik, Feuilleton, Wirtschaft, Gewerkschaftliches, Märchen und Poesie: Dagobert Lubinski; für Feuilleton und Poesie: Felix Ullrich...

Freitag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr:

Große öffentliche Versammlung im 'Kronprinzen', Weßendstraße, über Eroberung od. Zerstörung der Gewerkschaften.

Praktische Weihnachtsgeschenke. 1. Die 'Königskinder'...

Wunderrolle typige Büste wird erlangt durch unser überbrütetes Bistenpräparate...

Kretzschmar & Co. (J) Möbelfabrik. Auslieferung und Verkauf...

Periodenstörung u. Unregelmäßigkeiten meist durch Präpar. Vele Geröll. Preis Mk. 13.- und Mk. 19.-

Glühpunsch Heidelbergwein. Verfüglich als Vorgesetzter geeignet.

Uhlen. verfertigt od. repariert. Frau Paradiesstr. 6

Heinrich Nitschke. Rauscherstrasse 54. Zum Kupferschmied Kupferrechenschneidstrasse 33.

Abgespielte Grammophon. Platten sowie Druck lassen sich in höchster Präzision...

Carl Sachur, Ring 54. Bei der Jahresfeier für die Wohlthätigen...

Abgespielte Grammophon. Platten sowie Druck lassen sich in höchster Präzision...

Grosser Weihnachtsverkauf

Bedeutend herabgesetzte Preise!

- Herren-Agraffen-Stiefel Rindbox und Ros-Cheveau von Mk. 140.00
Herren-Agraffen-Stiefel Boxcalf von Mk. 160.00
Herren-Zug- u. Schnallenstiefel Boxcalf von Mk. 183.00
Damen-Schnürstiefel Rindbox und Ros-Cheveau von Mk. 120.00

Lack-Halbschnür- und Spangenschuh, billigst. Ferner in grosser Auswahl bedeutend herabgesetzt: Altfrauenstiefel, Herren- und Kinder-Fahliederstiefel...

Schuh-S. Schifftan. Neue Graupenstrasse 7 (neben Volkswacht).

Achtung! Straßenhändler! Einzigste 1. Zimmer 1. Obergeschoss, in der Zeit...

Selegenheitskauf. in neuen und gebrauchten Möbeln...